



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Margit Naarmann, Die geschuldete Erinnerung. Gedenken und Erinnern in
Paderborn nach 1945

nur aus ihren Teildisziplinen, mehr noch, sie ist auf die ergänzende Perspektive jeweils zuständiger Nachbardisziplinen angewiesen. Die Beschäftigung mit Klöstern und Mönchen kommt nicht ohne Kenntnis des monastischen Lebens aus, andererseits genügt es nicht, einen Orden zu kennen, sondern man muss über ein breiteres Wissen verfügen, um ein Urteil wagen zu können. Eine geschichtliche Landeskunde, die ohne Einbettung in die „große Geschichte“ zur undifferenzierten Heimatkunde wird, kann im

kleinen eine Zusammenschau der fachspezifisch verschiedenen Perspektiven und Methoden leisten und über ihre Ergebnisse sich als repräsentative Regionalgeschichte ausweisen und zugleich selbst definieren.

So hat die Tagung den Bedarf des interdisziplinären Diskurses vor Augen geführt und zugleich das Paderborner Modell der engen Zusammenarbeit von Historikern und Archäologen bestätigt.

Die geschuldete Erinnerung. Gedenken und Erinnern in Paderborn nach 1945

von Margit Naarmann

Diesen Vortrag hielt Frau Dr. Naarmann am 7. Dezember 1998 aus Anlaß der Vorstellung ihres Buches „Von ihren Leuten wohnt hier keiner mehr“ – Jüdische Familien in Paderborn in der Zeit des Nationalsozialismus, das als Band 7 der Reihe „Paderborner Historische Forschungen“ des Vereins für Geschichte an der Uni-GH Paderborn erschienen ist.

Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch schreibt in seinem Tagebuch, ein Jahr nach dem Ende des grauenvollen Zweiten Weltkrieges: „Leider ist es ja so, daß das Geschehene, noch bevor es uns wirklich fruchtbar entsetzt hat, bereits überdeckt wird von neuen Untaten.... Das Geschehene geschehen sein lassen! Jeder sagt, das weiß man nun. Wenn man an Ort und Stelle steht, weiß man, daß man es durchaus nicht weiß, das Unvorstellbare entzieht sich unserem Gedächtnis, und das ist gut so, aber einmal - glaube ich - muß das Entsetzen uns erreichen, sonst gibt es kein Weiter!“

Erst nach und nach waren in den Monaten nach Kriegsende die entsetzlichen Greuel- und Mordtaten des NS-Rassenwahns in die Öffentlichkeit gedrungen. Die Gefühlslage schlug um von völliger Fassungslosigkeit über diese Untaten des Naziregimes zur Empörung und Wut gegenüber den Tätern und wandelte sich schließlich zu brennender Scham. Sie wurde indes bald überlagert von leidenschaftlicher Ablehnung gegenüber dem Vorwurf von Seiten der Sieger, jeder Deutsche sei mitschuldig an diesen Greuelthaten. Für die Deutschen wiederum war das völlige Unverständnis der Sieger für ihr Leben in einer Diktatur mit totalitärem Anspruch ebenfalls nicht begreiflich. Die Abwehr eines Schuld- und Leidensdrucks diente dann zwei Funktionen, zum einen der entschiedenen

Zurückweisung der Kollektivschuldthese, zum andern der Beteuerung, nichts von der Judenvernichtung gewußt zu haben. Das Schweigen, Verdrängen oder das Schlußstrich-Ziehen forderte die Engagierten zu um so größerer Anstrengung heraus: oftmals mit dem traurigen Erfolg verstärkter Abwehr der Umgebung.

Bereits Anfang April 1945 hatte die britische Militärregierung die Verwaltung der Landkreise Paderborn und Büren übernommen. Die Briten bemühten sich, die Verwaltung schnell in deutsche Hände zu übergeben und nahmen es mit der Säuberung der Verwaltungen sehr ernst, aber es war nicht leicht, Personen ohne NS-Vergangenheit zu finden. Zunächst wurde auf der Grundlage einer Anweisung des Alliierten Kontrollrats entnazifiziert. 1946 beschloß die britische Militärregierung, unbelastete Deutsche beratend in das Entnazifizierungsverfahren einzubeziehen. Vorsitzender der zuständigen Paderborner Berufungskammer für die Kreise des ehemaligen Hochstifts wurde Rechtsanwalt Erhart, der wegen seiner Amtsführung ein hohes Ansehen genoß (Gemeinsam mit seinem Kollegen Dr. Hülshorst führte er die späteren jüdischen Wiedergutmachungs- bzw. Rückerstattungsfälle.) Er urteilte allerdings, die Entnazifizierung habe der jungen Demokratie mehr geschadet als genutzt.

Tatsächlich war die gesamte Bevölkerung einer inquisitorischen Prozedur durch die Alliierten unterzogen worden mit dem Ziel der Umerziehung des gesamten deutschen Volkes zu demokratischen Lebens- und Verhaltensweisen. Sie entwarfen einen 131 Fragen umfassenden Katalog zur Biographie und politischen Vergangenheit. In seinem 1951 erschienenen Buch „Der Fragebogen“ von Ernst von Salomon demonstriert eben dieser Schriftsteller die Absurdität einer bürokratisch-kollektiven Maßnahme, die den Menschen zu kategorisieren suchte, um damit die Schuld, Mitschuld oder Unschuld eines jeden einzelnen festzuschreiben. Diese Fragebogenaktion erreichte nicht, was erreicht werden sollte: Beschämung und Trauer, sondern vielmehr das Gegenteil: vedrängen, ausschalten, nicht mehr wissen wollen. (Mit dem Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen vom 5. Februar 1952 wurde die Entnazifizierung schließlich beendet.)

Im Juli 1945 war die Berufung eines 11-köpfigen Bürgerausschusses zur Unterstützung des von der Militärregierung eingesetzten Bürgermeisters in Paderborn erfolgt. Die Neugestaltung des politischen Lebens konnte beginnen.

Bereits am 20. März 1946 erstattete Stadtdirektor Dr. Fischer aufgrund eines vorausgegangenen Beschlusses der Stadtvertreter, eine Kommission solle die Schuldigen - die unter Heranziehung ihres Vermögens zu bestrafen seien - am Synagogenbrand feststellen, Anzeige beim Oberstaatsanwalt beim Landgericht Paderborn „wegen Brandstiftung gegen alle Personen“, die am Synagogenbrand am 10. November 1938 beteiligt waren. Nach den Ermittlungen gegen 36 Beteiligte konnte 33 eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden. Das Verfahren vor dem Schwurgericht beim Landgericht Paderborn gegen den Stadtbaurat Dr. Keller, den städtischen Fuhrparkleiter und SS-Hauptsturmführer Otto Nagorny und den Kreisleiter Otto Plagemann - letzterer wurde freigesprochen - endete mit der Verurteilung der beiden städtischen Beamten durch das Schwurgericht Paderborn am 27. Januar 1949 und lautete auf eine Zuchthausstrafe von vier für Nagorny bzw. einem Jahr und fünf Monaten für Dr. Keller.

Es überrascht, daß in diesem Verfahren - es ging auch um die gewalttätigen Übergriffe gegen die jüdische Bevölkerung während der Pogromnacht - keine jüdischen Zeugen, die in USA oder Israel lebten, im Zuge der Rechtshilfe gehört wurden. Offensichtlich bestanden zu dieser Zeit noch keine Kontakte. Insbesondere gegen Robert Baum im Schildern hatten sich die Übergriffe in der Pogromnacht gerichtet. Auch Rechtsanwalt Dr. Rose lebte in USA. In einem mutigen Akt hatte während der NS-Zeit die Familie des Regierungsbaumeisters Hesse Möbel und Gemälde der Roses in Verwahr genommen und sie ihm nach dem Kriege über Dr. Karl Auffenberg wieder zugeleitet. Dieser war Referendar in der Praxis Rose gewesen und vertrat später Dr. Rose in dessen Wiedergutmachungsangelegenheiten.

Am 29. August 1946 beschloß des weiteren der Rat der Stadt Paderborn, „um das in der NS-Zeit begangene Unrecht wiedergutzumachen“, so die Formulierung von Stadtdirektor Dr. Fischer, die Rückerstattung des Grundbesitzes (zwei Friedhöfe und das Synagogengrundstück) der jüdischen Gemeinde. Er war gegen Aufrechnung der Abbruchkosten für die Synagoge einfach eingezogen worden. Für die untergegangene jüdische Gemeinde stellte die Jewish Trust Corporation for Germany diese Ansprüche.

Zu den wenigen Paderborner Juden, die aus den NS-Konzentrationslagern befreit worden waren und Paderborn lediglich als Zwischenstation ansahen, kamen in den Nachkriegsjahren jüdische Flüchtlinge aus Polen, der Tschechoslowakei, die sogenannten DP's (displaced persons). Sie alle benötigten Hilfe, da sie mittellos waren, für die sie stets bei der zuständigen Kommunalverwaltung nachsuchen mußten - die Opfer der Nationalsozialisten fühlten sich daher als Bittsteller. Gesetze, die ihnen ihr Recht gegeben hätten, fehlten noch. Auf Drängen der Alliierten wurde in verschiedenen Zonen noch vor Gründung der BRD durch die Einrichtung von Sonderhilfsausschüssen mit der materiellen Entschädigung für das während der NS-Folterung erlittene Unrecht begonnen.

Erst das Gesetz der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände an Opfer der nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen von 1948 sah die

Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände vor, die Personen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, der politischen Auffassung oder der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus ungerechtfertigt entzogen worden waren. Vermögenserwerber mußten danach unaufgefordert Meldung erstatten, Anspruchsberechtigte ihre Forderungen bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf stellen. Für die Rückerstattungsverfahren wurden Ämter bzw. Kammern bei den Landgerichten eingerichtet.

Zwischen 1949 und 1953 liefen allein für die von ehemals Paderborner Juden angemeldeten Ansprüche wegen entzogener Forderungen, aber insbesondere wegen des „arisierten“ Grundbesitzes, über 250 Verfahren. Mit Ausnahme eines Falles verzichteten alle emigrierten Juden auf eine Rückerstattung ihres Grund- bzw. Hausbesitzes: eine Rückkehr nach Paderborn schien ihnen undenkbar. Obwohl die Erwerber in der NS-Zeit im allgemeinen nur den Einheitswert - zum Teil noch darunter - für den Grundbesitzerwerb aufzubringen hatten, sahen die meisten die Wiedergutmachung als unbillige Härte an und wandten ein, „zweimal“ bezahlen zu müssen. So trug eine Beklagte vor, sie habe sich zum Kauf während der NS-Zeit „ködern“ lassen, der nunmehr von ihr geforderte Ausgleich sei nicht gerecht. Sie habe ihr gesamtes Gut und ihre Ersparnisse zum Ausbau dieser Wohnungen aufgewandt, sie habe die Juden bis zuletzt unterstützt und sei gegen die Methoden der Nationalsozialisten gewesen. Nun solle sie durch die Enteignung ihrer Habe verfolgt werden. Darauf antwortete der Anwalt der Klägerin, die Beklagte habe - wenn sie so energisch gegen die Methoden der Nationalsozialisten eingestellt gewesen sei - ein solches Objekt nicht zu erwerben und auch nicht die Früchte dieser Aussaat zu ernten brauchen. (Eine weitere Erwerberin in der NS-Zeit erklärt gar, das Geschäftshaus an exponierter Stelle in der Stadt erst nach dem Kriege übernommen zu haben.)

Die Frage der sogenannten Wiedergutmachung stellte zweifellos ein äußerst relevantes Thema der deutschen Nachkriegsgeschichte dar, erwies sie sich doch als ein Prüfstein für die historische und politische Verantwortung der Deutschen.

Anfang 1946 hatte sich bereits der Zentralrat der Juden in Deutschland mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden Westfalens in Dortmund konstituiert, aber niemand der zurückgekehrten Juden konnte an die Tradition der untergegangenen jüdischen Gemeinden anknüpfen. Dennoch war den Zurückgekehrten, den Überlebenden, der Wunsch gemeinsam, wieder jüdisches Leben entstehen zu lassen. So schlossen sich im Jahre 1953 in Paderborn 40 Juden der Kreise Paderborn, Büren, Warburg, Höxter, Lippstadt und Soest zur jüdischen Kultusgemeinde Paderborn zusammen. Zurückgekommen waren Karl Theo Herzheim, der Rückwanderer aus Israel, und Sally Rosenbaum, zwei Repräsentanten der alten jüdischen Gemeinde der Stadt. Ihr gehörten etwa 60 Juden an, als sie beschloß, eine neue Synagoge in Paderborn zu bauen. Am 21. April 1959 fand die Grundsteinlegung in der Pipinstraße statt. Die feierliche Einweihung bereits im November war ein öffentliches Ereignis. Die Paderborner werden zum Besuch der Synagoge eingeladen. Zur Woche der Brüderlichkeit gab man dort ein Konzert.

Bei einer Arbeitstagung der Arbeitsstelle für wissenschaftliche Pädagogik, der etwa 100 Lehrer angehörten, setzte sich eine Lehrprobe mit dem Schicksal der Juden in Deutschland während der NS-Zeit, dargestellt an der jüdischen Gemeinde Paderborn, auseinander. Im Collegium Leoninum sprach Alfred Wiener, Begründer der bekannten Wiener Library, auf Einladung des späteren Botschaftsrats Dr. Höfer vor Seminaristen und Studenten der Theologischen Fakultät. Erzbischof Dr. Jäger machte dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Dortmund und dem Landesrabbiner seine Aufwartung.

Es ist aber zugleich die Zeit, wo Hakenkreuzschmiereien an der Kölner Synagoge die Welt wieder aufhorchen ließen, die Zeit auch des Eichmann-Prozesses (1960/61) in Israel.

Ungezählte Publikationen werden danach verfaßt. Die FAZ brachte am 4. August 1961 das folgende Resümee: „Man wird der deutschen Öffentlichkeit nicht vorwerfen können, sie sei jetzt durch ihre Presse, Funk und Fernsehen nicht exakt unterrichtet worden, was an Kenntnis zu unserer jüngsten deutschen Geschichte zu wissen notwendig ist. Die Frage nach der Wirkung des Prozesses bleibt eine

Frage nach den Generationen.“

Waren die jüdischen Opfer angesichts der unbeschränkt zu vervielfältigenden, das menschliche Fassungsvermögen aber übersteigenden Todesziffern als Teil einer derealisierten Wirklichkeit bislang nicht wahrgenommen worden, so scheint es, daß sich nun auch in Paderborn der ehemaligen jüdischen Menschen, die einmal Mitbürger, Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen waren, erinnert wurde.

Mit einem Aufruf in der Westfalenpost vom 21. Dezember 1960 „Schicksale der Naziopfer sollen erforscht werden“ wurde an die Bürger appelliert, Informationen über ehemals jüdische Paderborner Familien dem Stadtarchiv mitzuteilen. Der Ratsherr Dipl. Ing. Falke hatte diesen in der Ratsversammlung vom 17. November 1960 vorgetragenen und dann einstimmig beschlossenen Antrag eingebracht.

„Die Verwaltung wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen festzustellen, welche Paderborner Bürger durch nationalsozialistischen Terror in den Jahren 1933 bis 1945 ums Leben gekommen sind. Sie wolle zu gegebener Zeit dem Haupt- und Finanzausschuß darüber berichten.“

Anfang des Jahres 1961 bekam das Stadtarchiv einen Archivassessor, der später die Stadt Paderborn in jahrelange Prozesse verwickelte. Ihn hatte man mit dieser Arbeit betraut. Es ist unverständlich, daß dieser Aufruf keine Resonanz erfahren haben sollte. Kontakte bestanden ja inzwischen wieder. (Dem Stadtarchiv allerdings liegen keine Reaktionen vor.)

Als Folge dieser Wahrnehmung beschloß der Kulturausschuß auf Empfehlung der Ratsherrin Dr. Sander-Wietfeld, Jüdische Kulturtage zu begehen. Um Zeit zu gewinnen, weil Vorarbeiten „hauptsächlich die Erforschung der Paderborner Judenschicksale voraussetze“, mit der Archivassessor Molinski betraut wurde, entschied sich der Kulturausschuß für das Jahr 1964. Die Programmgestaltung beruhte weitgehend auf Vorschlägen von Frau Dr. Sander-Wietfeld.

Rechtsanwalt Ernst Müller, Theodorianer, Sohn von Calmon und Paula Müller, wurde als Ehrengast aus London eingeladen und sprach am 7. September 1964 bei der Festveranstaltung im Rathaus. Aus seiner Ansprache möchte ich einige Passagen zitieren:

„Meiner Anwesenheit bei dieser Feier ist es auferlegt, die Erinnerung wachzuhalten daran, wie es einst mal war vor jener Zeit menschlicher Verirrung, wie es die Geschichte der Menschheit in solcher Schrecklichkeit bisher nicht aufzuweisen hat. ... Die Erinnerung an die frühere kulturelle Gemeinsamkeit, an der die jüdischen Mitbürger in unserer Stadt Anteil hatten, davon ist diese Stunde erfüllt, eine Wehestunde des Sichwiederfindens, des Sichselbstbesinnens, des Sichwiedernahens schwankender Gestalten aus der Gemeinsamkeit der Bürgerlichkeit, wie sie einst Christen und Juden in Paderborn zuteil war, jetzt – was wir erkennen müssen – unwiederbringlich in die Geschichte eingegangen ist.“

Ernst Müller berichtete weiter von seinen Erinnerungen an Paderborn, die Verbindungen seiner Eltern zu nichtjüdischen Paderborner Familien. Sein Appell, das Geschehene nicht zu vergessen, ist aber auch beseelt von dem Gedanken und Willen zur Versöhnung.

Die Jüdischen Kulturtage hatten stattgefunden, ohne daß eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Paderborner jüdischen Geschichte erfolgt war, wie es der Kulturausschuß beschlossen hatte. Da dieses wohl eine längere Zeit beanspruchen würde, sollte die kurzfristig zusammengestellte kleine Broschüre „Baun wir aufs Neue das alte Haus – Jüdisches Schicksal in Paderborn“ zunächst als Ersatz dienen und bei den Veranstaltungen darauf hingewiesen werden, „daß eine umfangreiche Arbeit über die Paderborner Juden noch in Vorbereitung sei“, so der stellvertretende Bürgermeister Schwiete (Kulturausschußsitzung vom 20.2.1964).

Die nächste Kulturausschußsitzung hob die gute Resonanz der Kulturtage hervor. Ratsherr Weber übte allerdings Kritik an der Broschüre, sie sei zu oberflächlich, und er mahnte die Herausgabe einer umfassenden Veröffentlichung an, worauf Ratsherr Schwiete wiederum auf den früheren Beschluß verwies (Sitzung vom 24.11.1964).

Gewiß, der Titel der Broschüre ist angesichts der vorausgegangenen Geschichte der Austreibung der jüdischen Mitbürger unglücklich gewählt, unangemessen. Aber ich bin überzeugt von der Ernsthaftigkeit, sich in die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte zu begeben. Warum sollten die Beteuerungen jener

Schicksale der Naziopfer sollen erforscht werden

Appell an die Bürgerschaft: Helft aufklären!

Paderborn. Nicht vergessen werden sollen jene Paderborner Bürger, die in der unseligen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges 1945, durch die Terrormaßnahmen der braunen Machthaber ums Leben gekommen sind. Wie bereits im Anschluß an die Oktober-Ratssitzung berichtet, hatte Ratsherr Dipl.-Ing. Falke den Antrag gestellt, alle Nachrichten über die Schicksale unserer in jenen 12 Jahren des „tausendjährigen“ Reiches verschollenen, umgebrachten Mitbürger zu sammeln. Einhellig unterstützte die gesamte Stadtvertretung dieses Anliegen.

Entsprechend diesem Beschluß der Ratsversammlung ist nun das Paderborner Stadtarchiv bemüht, alle erreichbaren Unterlagen über die unter den Nationalsozialisten zu Tode gekommenen Bürger unserer Stadt zusammenzutragen.

15 Jahre sind seit dem Ende jener Schreckensjahre vergangen. Vieles ist aus jener Zeit im Unterbewußtsein versunken. Darum ergeht an alle Paderborner, gerade an die älteren, die Bitte, wenn ihnen über das Schicksal von im dritten Reich umgekommenen Mitbürgern irgend etwas bekannt ist, dies dem Stadtarchiv mitzuteilen.

Da bisher keinerlei Unterlagen für die beabsichtigte Schicksalschronik vorhanden sind, ist jeder, auch der kleinste Hinweis wertvoll. Selbst wenn nur der Name des Verstorbenen oder Verschollenen bekannt ist.

Es muß für jeden eine selbstverständliche Pflicht sein, in seiner Erinnerung nachzuforschen und nach bestem Können an der Sammlung der gesuchten Unterlagen mitzuwirken. Das Stadtarchiv, das täglich von Montag bis Freitag in der Zeit von 14.30 bis 18 Uhr geöff-

net ist, nimmt alle Mitteilungen entgegen.

Das Wort von der „unbewältigten Vergangenheit“ taucht heute so oft in unserem Alltag auf. Zu dieser Vergangenheit gehört aber auch gerade das traurigste, erschütterndste Kapitel über die Millionen Menschen, die den Tod fanden in den Gaskammern der Konzentrationslager, an den Hinrichtungsstätten der Zuchthäuser. Unschuldige, nur weil sie dem Unrecht der braunen Herrscher sich widersetzten oder weil sie nur als jüdische Gläubige geboren worden waren, wurden sie umgebracht. Unter dieser endlosen Schar der bedauerlichen Opfer der Nationalsozialisten waren auch Paderborner, Mitbürger, die mit uns zusammen in den Mauern unserer Stadt gelebt, geschafft haben. Es waren sicherlich besonders Angehörige der jüdischen Gemeinde, aber auch andere Bürger der Paderstadt.

Ihnen soll mit dem Vorhaben, das der Rat beschlossen hat, weswegen nun das Stadtarchiv um die Mitwirkung aller Paderborner bittet, gewissermaßen ein Denkmal gesetzt werden. (hst)

Zeit weniger ehrlich gewesen sein als die heutigen? Auf jüdischer Seite scheint sie positiv aufgenommen worden zu sein. Das beweist die Resonanz, die sie hervorrief. Zwei Antworten mögen stellvertretend für alle übrigen stehen: Ernst Löwenberg, Sohn des Pädagogen und Schriftstellers Jacob Löwenberg aus Niederntudorf, der mit Detlev von Liliencron befreundet war und den Hamburger literarischen Kreisen zahlreiche Impulse gab, schrieb am 27. März 1967:

„Mit der Zusendung der kleinen Schrift... haben Sie mir eine große, wenn auch oft wehmütige Freude bereitet. Wie oft habe ich die Ferien bei meinem Onkel Sally (Bahnhofstraße) verbracht. Mein Vater blieb immer ein Dorfjunge aus dem Paderbornischen. ... Wir haben noch jetzt kleine Vasen, die ich für meine Mutter auf dem Libori-Jahrmarkt gekauft habe.“

Und Dr. Klara Grünebaum dankte bewegt: „...Die Geschichte jüdischen Lebens und jüdischer Schicksale in den Hitler-Jahren hat natürlich viele Gedanken, Gefühle, Empfindungen, Erregungen ausgelöst, und ich habe in nahezu 30 Jahren verlernt, solche in der deutschen Sprache auszudrücken. Zunächst möchte ich sagen, daß das Buch mich beeindruckt hat durch die würdige Form der Behandlung des Themas und die menschlich-verständnisvollen Gedanken von Dr. Käthe Sander-Wietfeld und A. Erich Boskamp.“ Sie sagt weiter, wie dankbar sie zeitlebens gewesen sei, daß sie und ihre Familie entkommen konnte, aber dennoch habe dieses Schicksal sie außerordentlich geprägt.

Welche Möglichkeiten, sich den Überlebenden anzunähern, nach ihrem Schicksal zu fragen, an ihrer Trauer teilzunehmen, hätte sich zu diesem Zeitpunkt noch geboten?

Aber abendliche Lichterprozessionen zum Haus des inzwischen suspendierten Archivrats (der weder die jüdische Geschichte erarbeitet, noch mit den Überlebenden in aller Welt korrespondiert hatte, wie es Wallraff in seiner „Vergangenheitsbewältigung“ in „13 unerwünschte Reportagen“ suggerieren möchte), Aufrufe eines Pfarrers zur materiellen Unterstützung, und ein auf Jahre beginnender Prozeß zwischen dem Suspendierten und der Stadt Paderborn mögen, das will ich einmal wohlwollend unterstellen, die im Vergleich zu anderen Städten doch relativ früh gestellte Frage nach dem Schicksal der

ehemals jüdischen Paderborner lieber der Vergessenheit preisgegeben haben.

Aber man erinnerte sich zumindest einer Jüdin, die in Paderborn gelebt, aber erst in Israel zur Schriftstellerin wurde: Jenny Aloni. Den Kulturpreis der Stadt Paderborn, den sie zu den Jüdischen Kulturtagen 1964 noch nicht bereit war anzunehmen, erhielt sie 1967. Ihre verstreuten Veröffentlichungen suchte man allerdings noch Ende der siebziger Jahre ohne Erfolg in den Paderborner Bibliotheken.

Das Versprechen, die Paderborner jüdische Geschichte aufzuarbeiten, wartete immer noch vergeblich auf die Einlösung. Allgemein war die Zeit des nicht-mehr-wissen-Wollens, des Verdrängens eingetreten. Daher vergab der Paderborner Historiker Dr. Hugo Staudinger in den siebziger Jahren zahlreiche Examensarbeiten, die sich der Geschichte der Juden in den größeren Gemeinden des ehemaligen Hochstifts widmeten. Er hegte die Befürchtung, in der nächsten Generation frage niemand mehr nach den ehemals jüdischen Bürgern.

Aber es waren immer Einzelinitiativen, die sich diesem Thema stellten. Von den Kommunen, von den politischen Parteien gingen im allgemeinen keine Impulse aus. Ob es z.B. in Paderborn immer die Falschen waren, die Erinnern anmahnten und auf Unverständnis und Ablehnung durch die politische Mehrheit stießen, wie es in einer 1997 erschienenen Schrift heißt, vermag ich nicht zu beurteilen. Aber gewiß wäre es zahlreichen Gruppierungen, allen politischen Parteien möglich gewesen, zumindest nach den Namen der ermordeten Paderborner Juden zu fragen. Das wären wir den Opfern schuldig gewesen, wenn Worte nicht nur Lippenbekenntnisse sein wollen.

Inge Stern steht stellvertretend für viele jüdische Paderborner, nach denen nie gefragt wurde. Auf spätere Kontaktaufnahmen reagierte sie nicht und ließ Briefe unbeantwortet. Erst als auch ein früherer Schüler des Reismann-Gymnasiums sich ihres Bruders erinnerte und nach seinem Schicksal fragte, setzte dies einen Prozeß der Auseinandersetzung in Bewegung. Sie fand sich nun zu einer Antwort bereit (weil „da Menschen sind, die von uns hören wollen“), bedeutete aber, unsere Briefe kämen von einem Weltteil, den sie schon lange verlassen habe. Ihr Bruder indes wünsche keinen Kontakt, nach-

dem er alle Erinnerungen an frühere Zeiten ausgelöscht habe.*

Betrachten wir die Annäherung auf jüdischer Seite:

Zunächst brachten die Wiedergutmachungsprozesse Anfang der fünfziger Jahre eine zwangsläufige Vergangenheits-Auseinandersetzung mit sich. Alle Paderborner jüdischen Emigranten waren mittellos und mußten sich in ihrer neuen Heimat zunächst eine Existenz aufbauen, was mehr oder weniger gut gelang. Bereits Ende der vierziger Jahre gab es wieder die ersten brieflichen Kontakte - alte Freunde, die während des Krieges die Verbindung verloren hatten, stellten Nachforschungen an. Aber niemand wäre auf die Idee gekommen, diese Kontakte in die Öffentlichkeit zu tragen. Das war selbstverständlich - und man sprach nicht darüber.

Irgendwann - als einige jüdische Emigranten es sich leisten konnten - kam es auch wieder zu Europa-Reisen. Man besuchte seine vergangene Heimat und besuchte alte Freunde oder Nachbarn. Einige Personen allerdings, die jeden Kontakt verloren hatten, suchten ihre früheren Hausmädchen auf, damit die Fremdheit nicht so schmerzte. Einige kamen auch enttäuscht zurück. Wer hatte schon von ihnen Notiz genommen, welche Ansprechpartner gab es für sie? Hätten sie nicht als Ehrengäste von der Stadt Paderborn empfangen werden müssen? Allerdings lehnten es auch einige Überlebende kategorisch ab, jemals wieder mit Paderborn konfrontiert zu werden: „Nie wieder Deutschland“, hieß es bei ihnen.

Von den fünf Kindern Grünebaum - die Familie war Inhaber des Kaufhauses am Rathausplatz 7 - kam nur Fritz, der jüngste Sohn, sporadisch nach Paderborn und besuchte auch seine Schule, das Theodorianum, an dem er noch 1933 sein Abitur ablegen konnte. Inzwischen ist seine Enkelin Christina ein häufiger Gast in Paderborn. Seine übrigen Geschwister in Amerika besuchten ihre ehemalige Heimat-

stadt nie wieder. Auch die vier Kinder von Rechtsanwalt Dr. Rose, die als Jugendliche allein emigrieren mußten, lehnten bislang jeden „offiziellen“ Kontakt ab. Ihre Mutter war am 31. März 1942 mit weiteren 14 Paderborner Juden in das Ghetto Warschau deportiert worden.

Ebenfalls gab es in der Familie Herz, Geschäftsinhaber von Burghaus im Schildern, kultiviert, engagiert im Städtischen Musikverein und in berufsständischen Organisationen, nach dem frühen Fortzug 1934 von Paderborn nach Konstanz und weiter nach Argentinien bzw. die USA keine Kontakte zu Paderborn. Nie wieder kam eines der vier Kinder hierher. Bernhard Herz gab anschauliche Schilderungen über seine Familie. Auf die Frage, ob er eine Einladung nach Paderborn annehmen werde, antwortete er, es physisch nicht mehr schaffen zu können. Er würde gern alles wiedersuchen, auch die Umgebung: „Ich kenne jeden Stein (d.h. Steine, die vor dem Kriege standen).“

Im Mai 1981 schrieb Paul Gerhard Blumenfeld, Sohn des Tierarztes Dr. Blumenfeld. „Ich war nie wieder in Paderborn. Im September möchte ich, von Düsseldorf aus, einen Tag in Paderborn sein, vielleicht. Ich kenne niemand mehr, möchte nur durch die Straßen gehen.“ Auf eine Einladung reagierte er nicht. Ob er überhaupt hier gewesen ist? Wenig später wurde sein früher Tod mitgeteilt.

Viele jüdische Paderborner Familien haben unauffällig in der Stadt gelebt. Ihrer wurde überhaupt nicht gedacht; über sie konnte in der Paderborner Öffentlichkeit keine Selbstdarstellung erfolgen. Auch das war mein Anliegen, diese Familien nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Durch die Wiedergutmachungsangelegenheiten, des weiteren durch die Verfahren nach dem Bundesentschädigungsgesetz, die nochmals Anfang der sechziger Jahre wiederauflebten, lagen fast sämtliche Adressen der ehemals Paderborner jüdischen Familien den Behörden vor. Sie wären mühelos erreichbar gewesen, wie mir jetzt bewußt geworden ist.

Weder war die wissenschaftliche Aufarbeitung der Paderborner jüdischen Geschichte - vorgesehen war in den siebziger Jahren für die Veröffentlichung zur Stadtgeschichte (1977) nun ein Kapitel in der Bearbeitung von Dr. Bernhard Brillung in Münster - geschehen,

* Gemeinsam mit ihren Eltern wurden die beiden Kinder nach Riga deportiert. Dort starb die Mutter - für die Familie ein Trauma. Vater und Kinder erlebten die Befreiung. Inge Schwartzman geb. Stern war bereit, 1997 eine Einladung der Stadt Paderborn anzunehmen, dann jedoch durch eine Erkrankung verhindert.)

noch war der ermordeten Paderborner jüdischen Opfer durch eine Erinnerungstafel o.ä. gedacht worden. In der Kulturausschußsitzung vom 29. November 1978 wurde endlich einstimmig beschlossen, am Standort der ehemaligen alten Synagoge eine Erinnerungstafel anzubringen. Auch der Text „An dieser Stelle stand die im Jahre 1881 (sic!) errichtete Synagoge der Jüdischen Gemeinde. In der Reihe der unmenschlichen Verfolgungen der jüdischen Mitbürger durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wurde sie nach der Reichskristallnacht am 10.11.1938 ein Opfer der Flammen“ erfuhr Einstimmigkeit, jedoch ging der Vewendung des Begriffes „Reichskristallnacht“ eine lange Diskussion voraus. Voraussetzung war jedoch dabei, daß der Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde diesem Text zustimmte.

Obwohl alle Schritte in Übereinstimmung mit der Jüdischen Kultusgemeinde erfolgt waren, setzten nach Enthüllung der Gedenktafel 1980 wiederum auch in die Öffentlichkeit getragene Diskussionen ein: Bei der Feier habe es an „Würde“ gemangelt, das „Betroffensein“ sei nicht hinreichend zum Ausdruck gekommen. Erneut wurde von einem Ratsherrn die Aufarbeitung der jüdischen Geschichte der Stadt angemahnt.

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings die Geschichte der jüdischen Gemeinde Paderborn bereits Thema einer Quellenarbeit, die jedoch noch einige Jahre in Anspruch nehmen sollte. Während die Stadt Paderborn gerade mit erheblichem finanziellen Aufwand die Herausgabe einer Gedenkschrift für vier Männer, deren Lebensbezüge vor und während der NS-Zeit nach Paderborn hineinreichten, herausgab, setzten zur gleichen Zeit (1987) im Kulturausschuß und in der Presse zu verfolgende Diskussionen ein, ob die abgeschlossene wissenschaftliche Arbeit über die Paderborner Juden bei Veröffentlichung überhaupt zu bezuschussen sei. Der Wert einer solchen Arbeit, so ein Ratsmitglied, sei nicht finanziell zu bemessen. Das überraschte umso mehr, als zahlreiche Städte und Gemeinden sich im Hinblick auf das Gedenkjahr 1988 - 50 Jahre Pogromnacht - ihrer jüdischen Geschichte erinnerten und Arbeiten in Auftrag gegeben hatten. Auch aus den Reihen von Heimat- und Geschichtsvereinen gingen

Veröffentlichungen hervor. Verstärkt luden Kommunen auch Überlebende ein.

Als auch die Stadt Paderborn in Anbindung an die hier 1987 gegründete Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, die dank der erheblichen jährlichen Zuschüsse des Ministerpräsidenten NRW - seit Bestehen fast 300.000.- DM - Gedenkarbeit leisten kann, beschlossen hatte, überlebende jüdische Paderborner einzuladen, konnte dieser Plan unmittelbar verwirklicht werden. Der besonders engagierten städtischen Kulturdezernentin wurden zu allen etwa 300 Paderborner Juden die biographischen Daten, mit Emigrations- bzw. Deportationszielen und nicht zuletzt die Adressen der Überlebenden, Ergebnis einer jahrelangen privaten Sucharbeit, von mir zur Verfügung gestellt

Sie wissen, Herr Bürgermeister, daß die überwiegende Zahl der Eingeladenen mit guten Erinnerungen in ihre Heimatländer zurückgekehrt ist.

Unabhängig von diesen Einladungsplänen hatte die Ratsherrin Paula Hermes im September 1987 einen Antrag an den Bürgermeister gestellt, den jüdischen Ermordeten am nun umbenannten Platz der Alten Synagoge angemessen zu gedenken. Das war die Grundlage für die Errichtung eines Mahnmals, das 1993 eingeweiht wurde.

Manche, die sich noch einiger Namen erinnern konnten, fragten nach dem Schicksal dieser Familien. Mir wurde bewußt, daß bald die Überlebenden nicht mehr berichten konnten. Das gab den Ausschlag zu dieser Arbeit. Ich erspare es mir, diesen mühsamen Prozeß aufzuzeigen, der viel Kraft - manchmal bis an die Grenze der Belastbarkeit und begleitet von Phasen der Resignation und Trauer -, Zeit sowie erneut einen großen persönlichen finanziellen Aufwand gekostet hat.

Im Laufe der Jahre ist der Kreis der Zeitzeugen, die noch berichten konnten, aufgrund ihres fortschreitenden Alters immer begrenzter geworden. Schon in den sechziger und siebziger Jahren begann man im Sinne der Oral History, der mündlichen Geschichte, die Erinnerungen von Überlebenden aufzuzeichnen. Was in diesen Zeugnissen hervortrat, war das psychologische und emotionale Milieu, die persönliche Geschichte, die sich den Historikern oft entzog. Dennoch lasse ich in diesem Gedenkbuch in

erster Linie Quellen und Dokumente sprechen, um auch den Graben zwischen „Geschichten“ und „Geschichte“, den bei lokaler Historie auch in Paderborn so häufig sichtbar wird – örtliche Einbindung ersetzte Kompetenz –, zu überbrücken. Der Beispiele gäbe es ausreichend.

So erschien im Jahre 1994 unter großer publizistischer Begleitung die Broschüre „Orts erkundung“, die das bislang zur jüdischen Orts geschichte Veröffentlichte in variiert Form nochmals nach zahlreichen Überarbeitungen anbot. Auch die Erinnerungen von Eva Sternheim-Peters „Die Zeit der großen Täuschungen“ sind in einigen Passagen hinsichtlich der Paderborner Juden mit kritischer Distanz zu lesen. Sich auf Eva Sternheim-Peters allein stets für den Grad des Antisemitismus in Paderborn zu berufen, ist unangemessen. Zahlreiche jüdische und nichtjüdische Zeitzeugen – durchaus mit einer politischen Sensibilität in dieser Zeit ausgestattet gewesen –, vermögen sehr wohl differenzierter zu urteilen.

Die Unterstützung für mein Gedenkbuch war auf jüdischer Seite zunächst nicht überall zustimmend. Nachgehörige litten unter Erinnerungen, die so unsäglich waren, daß sie sich nicht in der Lage fühlten, sie in Worte zu fassen, geschweige, dem anderen mitzuteilen. Hemmungen, Zweifel, Gefangenheit, Berührungsängste konnten erst in einem allmählichen Prozeß der Annäherung, der zum Teil Jahre währte, auf beiden Seiten abgebaut werden. Die Bereitschaft, Briefe, Fotos und Dokumente zur Verfügung zu stellen, war trotzdem nicht immer vorhanden. Es sind zum Teil die letzten Erinnerungen, Vermächtnisse, an dem andere keinen Anteil haben dürfen, wie wichtig sie auch immer als Zeugnis sein könnten.

Selbst Trude Rosendahl, die 90jährige aus Hove/Essex – ihre Eltern und Bruder wurden in Sobibor bzw. Auschwitz ermordet –, die halbblind nach einem Suizidversuch einmal schrieb: „Ich bin so allein. Bitte rufen Sie mich doch einmal an – unbekannterweise“ ignorierte trotz der langen Telefongespräche stets meine Bitte, mir Briefe ihrer Eltern und Fotos zu überlassen. Nun ist ihr Wunsch, endlich zu sterben, in Erfüllung gegangen. Ein englischer Anwalt bittet um Mithilfe bei der Suche nach eventuellen Erben.

Immer wieder habe ich gerade in den letzten Wochen gehört, wie wichtig es sei, sich zu

erinnern.

Wenn wir in der Stadt Straßen und Wege nach Paderborner Unternehmern benennen, so wäre es schon lange angemessen gewesen, hierin auch die jüdischen Persönlichkeiten einzubeziehen. Nicht nur die Auerbachs, die Grünebaums und Herzheims haben – teilweise über Generationen – Paderborner Wirtschaftsgeschichte geschrieben. Auch der Bankier Nikolaus Ransohoff, letzter Inhaber des Bankhauses Ransohoff & Spancken, bekleidete zahlreiche öffentliche Ehrenämter, lange Zeit auch als Stadtverordneter. Seine Enkel leben noch in England bzw. Deutschland. Oder – könnte die Stadt nicht einfach eine Straße oder einen Platz nach einem ehemals jüdischem Paderborner benennen – vielleicht gar einem Kind – ohne jede Konstruktion, einfach, weil sie Opfer waren. Das wäre eine glaubwürdige und nachhaltige Form des Erinnerns.

Für mich waren viele Jahre tägliche Erfahrung das Sich-erinnern-müssen an jüdisches Schicksal. Aber dennoch hat mich gerade bei diesem Gedenkbuch im Laufe der Zeit immer wieder die Frage gequält, ob ich mich selbst nicht auch in den Sog einer blühenden Bewältigungs- und Betroffenheitskultur gebe, in deren Mitte, wie ich während meiner jahrelangen Beschäftigung mit diesem Thema erfahren mußte, nicht immer das Anliegen des Gedenkens und Erinnerns steht. Ist privates Engagement überhaupt einzufordern oder ist es nicht Aufgabe und Verantwortung von Institutionen, also eine gesellschaftspolitische Verpflichtung, zumindest nach den jüdischen Opfern zu fragen? Diese Aufgabe darf nicht dem zufälligen ehrenamtlichen Engagement von Privatpersonen überlassen bleiben, und wenn, dann benötigen sie zumindest auch die Rückendeckung von Institutionen.

Aber dennoch: In jedem von uns entscheidet es sich, wie wir an der jüdischen Geschichte, wie wir an der Erinnerung an Auschwitz teilnehmen. Sicher nicht durch Aufforderung und Gedenktagsroutine, vielmehr durch unser persönliches Verhalten, unsere Glaubhaftigkeit. Eher hinderlich für einen selbstverantwortlichen Umgang mit dem Wissen um den Holocaust erscheint mir die Ritualisierung der Erinnerung. Inszenierungen des Gedenkens, offiziell feierlich, stets mit Pathos, und wirkungslos. Der Gestus der Betroffenheit droht aber im Gegen-

teil die Erinnerung, die zu spät einsetzte, ohne Zweifel vollends zu blockieren und ein Gedenken zu verhindern, das genaue Kenntnis und auch ein wenig Nüchternheit zuläßt. Als Parlamentspräsident Philipp Jenninger 1988 zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms diese Rituale durchbrechen wollte, mißlang es auf dramatische Weise.

Für dieses Gedenkbuch ging ich weltweit auf Spurensuche, um jüdische Familien in Paderborn bis zur Emigration oder Deportation aus der Anonymität in die Erinnerung zurückzuholen und auch ihren Anteil an der Geschichte der Stadt zu dokumentieren. Erst vor diesem Hintergrund können wir vielleicht ermessen, was mit dem Untergang der jüdischen

Gemeinde – der schrittweisen Entrechtung, Diskriminierung und Vernichtung – in unserer Stadt ausgelöscht worden ist.

Für meine Familie und mich sind aus den langwährenden Verbindungen zum Teil persönliche Freundschaften entstanden; wir dürfen Anlaufstelle sein für Wünsche, Anliegen und bei Besuchen.

Vor Ort und darüber hinaus habe ich vielen Institutionen und Interessierten stets uneigennützig und unauffällig meine Arbeitsergebnisse zur Verfügung gestellt

Ich widme dieses Gedenkbuch zunächst den Opfern der ehemals jüdischen Familien in Paderborn sowie den Überlebenden und ihren Nachkommen.

Neuerscheinung „Als die Bomben fielen ...“: Hinweise und Anmerkungen von Lesern

Ende des vergangenen Jahres erschien in der Schriftenreihe unseres Vereins „Paderborner Beiträge zur Geschichte“ der Bd.7: „Als die Bomben fielen ... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939–1945“. Autoren des Bandes waren eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Reismann-Gymnasiums in Paderborn. Wie jedes historische Werk konnte auch dieses nicht vollständig sein, sondern stellt einen Zwischenstand der Forschung dar. Einige Reaktionen auf diese Neuerscheinung möchten wir im folgenden mitteilen, da sie weitergehende Informationen enthalten.

„Ein in dem Buch aufgeführtes Ereignis kann ich als direkt Betroffener, ich war damals 11 Jahre alt, präzisieren. Punkt 14 auf Seite 28 nennt u. a. ‚zwei Häuser an der Cheruskerstraße.‘ Bei diesen handelt es sich um relativ eng nebeneinander stehende Gebäude mit den Nummern 35 und 37. Haus Nr. 35 wurde von den Familien Höschen (2 Personen) und Oberliesen (2 Personen) im Erdgeschoß und von der Familie Heidgen (4 Personen, darunter 2 Kinder) im Obergeschoß bewohnt. In Nr. 37 wohnten die Familien Freitag (meine Eltern, meine Schwester und ich) im Erdgeschoß und Lohse (Mutter mit Tochter) in einer Einliegerwohnung im Dachgeschoß. Beide erst drei Jahre zuvor erbauten Häuser wurden durch eine Sprengbombe teilweise zerstört, die zur Straßenseite hin ziemlich genau auf der Grenze zwischen den Grundstücken niederging. Durch die Druckwelle, durch Glassplitter und Steine wurde auch das Mobiliar zerstört. Die Drähte der damals auf der gegenüberliegenden Straßenseite verlaufenden 6 kV-Hochspannungsleitung lagen zerissen auf der Straße und waren noch einige Stunden lang unter Spannung, was man an dem gelegentlichen Aufflammen von Grasbüscheln

erkennen konnte. Weil sich die Bewohner beider Häuser in ihren Luftschutzkellern aufhielten, was, wie ich mich erinnern kann, damals bei Alarm keineswegs selbstverständlich war, erlitten sie keine ernsthaften Verletzungen. Schon am folgenden Tag wurden die Familien Freitag und Heidgen in ein Haus in der Franz-Egon-Straße eingewiesen, das sie bis zur Wiederherstellung der zerstörten Häuser, etwa bis Oktober 41, bewohnten. Über die Unterbringung der Familien Höschen und Oberliesen ist mir nichts bekannt. Frau Lohse und Tochter wurden von Verwandten in Erfurt aufgenommen. Die bisherigen Bewohner des Hauses in der Franz-Egon-Str., Laienmönche eines Ordens, wie man uns sagte, waren erst unmittelbar vor dem Eintreffen der beiden Familien ‚ausquartiert‘ worden. Sie hatten weder Hausrat noch Lebensmittel mitgenommen. Wir haben über ihren Verbleib trotz Nachfragens nichts erfahren. Etwas später, aber noch zu der Zeit, in der wir dort wohnten, wurde in einer freien Etage dieses Hauses eine Außenstelle der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf eingerichtet.“

Edmund Freitag, Hille, 27.11.1998